

Medienbeobachtung

04.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Bund bietet Ländern zehn Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege an**
03.07.2023 , derstandard.at

derstandard.at vom 03.07.2023

Bund bietet Ländern zehn Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege an

Das Geld ist an Bedingungen geknüpft und soll Maßnahmen aus der Pflegereform absichern sowie in den Ausbau des niedergelassenen Bereichs fließen



Die Bundesregierung hat den Bundesländern ein Angebot auf den Tisch gelegt: Man sei bereit, den Ländern, Städten und Gemeinden in den nächsten fünf Jahren über zehn Milliarden Euro zusätzlich für Gesundheit und Pflege zur Verfügung zu stellen, sagte Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) am Montag bei einem kurzen Pressetermin gemeinsam mit Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) zu den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen. Allerdings ist die Ausschüttung dieser Summe an Bedingungen geknüpft, über die noch intensiv verhandelt wird.

Im Gesundheitsbereich soll mit den Mitteln der Ausbau des niedergelassenen Bereichs und des ambulanten Bereichs vorangetrieben werden, ergänzte Rauch. Konkret soll das Geld einer Aussendung zufolge dem Ausbau von Primärversorgungseinheiten im niedergelassenen Bereich und von Fachambulanzen im Spitalsbereichs dienen, ebenso der Telemedizin – also der Gesundheitshotline 1450 – sowie dem Impfprogramm. Auch die Wirkstoffverschreibung für die Medikamentenversorgung soll kommen. Weiters sollen Wahlärzte an E-Card und Elga angebunden werden. Es würden nun Detailvorschläge vorbereitet und die Legistik ausgearbeitet, es brauche zum Beispiel Änderungen im ASVG, Ärztegesetz, Krankenanstaltengesetz, sagte Rauch.

Pflegereform weiter absichern

In der Pflege gehe es darum, die Maßnahmen der zwei Reformpakete finanziell abzusichern. Darunter fallen zum Beispiel die Gehaltserhöhungen für das Pflegepersonal, der Ausbildungszuschuss über 600 Euro im Monat, der Ausbau des Community-Nursing sowie eine Weiterfinanzierung der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung.

Die genaue Höhe der Summe ist von den weiteren Gesprächen über die Reformen abhängig, da einige der Maßnahmen von Ländern und Sozialversicherung kofinanziert würden. Darüber hinaus sollen mehr Mittel für Kinderbetreuung und andere Bereiche, zum Beispiel strukturschwache Gemeinden, in die Hand genommen werden. Im Gegenzug erwartet sich der Finanzminister mehr Reformen beim Thema Transparenz über Adaptierungen bei der Transparenzdatenbank. Brunner und Rauch sagten, sie seien zuversichtlich, dass bis Herbst ein Verhandlungsergebnis präsentiert werden könne.

Sozial- und Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) und Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) nach Verhandlungen zum Finanzausgleich am Montag.

Bereits 50 Gesprächsrunden

Bei den Finanzausgleichsverhandlungen geht es um die Aufteilung der Steuermittel auf die verschiedenen Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden für die Jahre 2024 bis 2028. Seit Dezember letzten Jahres fanden laut Brunner rund 50 Gesprächsrunden auf Expertenebene sowie viele politische Runden statt. Der jüngste Termin war am Montag, er sei konstruktiv gewesen, sagte der Finanzminister. Brunner erinnerte aber auch daran, dass der Bund den Ländern in Sachen Corona und für den Kampf gegen die Teuerung in den letzten Jahren und Monaten schon "sehr viel Geld zur Verfügung gestellt" habe.

Man werde nun den Ländern Details zu den Vorschlägen des Bundes zur Verfügung stellen, um weitere Gespräche zu führen. Auf die Frage, ob es in Teilbereichen schon eine Einigung gebe, sagte Brunner, es könne nur Einigung auf ein Gesamtpaket geben. Die zehn Milliarden Euro, die als Angebot nun auf dem Tisch liegen, seien "weit über dem, was bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen" beschlossen wurde.

Länder fordern mehr Geld

Der Vorschlag des Bundes sei "sehr genau zu prüfen", hieß es am Montag von Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) in einer Pressekonferenz in Kärnten. Zehn Milliarden Euro für fünf Jahre seien jedenfalls zu wenig, führte Kaiser aus, es brauche in etwa sieben bis acht Milliarden Euro mehr für Länder, Städte und Gemeinden pro Jahr. Kärnten hat mit 1. Juli den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz übernommen. Die Bundesländer und der Städtebund fordern eine Erhöhung des vertikalen Schlüssels, wie Kaiser bereits am Wochenende in "Journal zu Gast" auf Ö1 gesagt hat. Derzeit findet die Aufteilung nach dem Schlüssel 68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder und zwölf Prozent Städte und Gemeinden statt. Die Länder fordern eine Verschiebung auf 60,5 Prozent für den Bund, 25 Prozent für die Länder und 14,5 Prozent für die Städte.

Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger teilte am Montag in einer Aussendung mit, dass eine Änderung der vertikalen Verteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Städte und Gemeinden unumgänglich sei, wenn die öffentlichen Leistungen in gewohnter Weise weiterbestehen sollen.

Kaiser hatte weiters anklingen lassen, dass in Sachen Informationsfreiheitsgesetz zur weitgehenden Abschaffung des Amtsgeheimnisses die Gespräche nun wieder aufgenommen werden könnten. Die Länder hatten das Gesetz bisher blockiert, Kaiser zufolge könne es bis Jahresende eine "finale Entscheidung" geben. (Gudrun Springer, 3.7.2023)

Quelle	derstandard.at
Typ	News Site
Land	AT
Autor	Gudrun Springer
Sprache	Deutsch

Adresse <https://www.derstandard.at/story/3000000177277/bund-bietet...>